



Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen
Sparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich
A-1010 Wien, Schuberting 14
Telefon: +43 1 513 15 88-0*
Telefax: +43 1 513 15 88-25
E-Mail: office@gaswaerme.at
Internet: www.gaswaerme.at



Herrn
Mag. Norbert Fürst
Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Per Email an: tarife@e-control.at

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht von

Unser Zeichen

DW

Datum

CF/DÜ

38

17.11.2015

Stellungnahme des Fachverbandes der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen zum Begutachtungsentwurf der E-Control, mit der die Entgelte für die Gas- Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert werden (Gas- Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 –Novelle 2016, GSNE-VO 2013 – Novelle 2016)

Sehr geehrter Herr Mag. Fürst,

wir bedanken uns für die Übermittlung des Entwurfes der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 - Novelle 2016 und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Allgemein:

Der FGW begrüßt grundsätzlich den Entwurf der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung für 2016, mit dem insbesondere die Systemnutzungsentgelte für das Verteilernetz ab 1.1.2016 festgelegt werden.

Durch das Netznutzungsentgelt sind dem Netzbetreiber gem § 73 die anerkannten Kosten insbesondere für die Errichtung, den Ausbau, die Instandhaltung und den Betrieb des Netzsystems abzugelten. Die den Entgelten zugrunde liegenden Kosten haben dabei dem Grundsatz der Kostenwahrheit zu entsprechen und sind differenziert nach Netzebenen zu ermitteln.

Aufgrund der (witterungsbedingten) Mengenrückgänge auf Netzebene 3 und teilweise auf Netzebene 2 ist eine Erhöhung der Systemnutzungstarife in beinahe allen Netzbereichen notwendig und sachlich gerechtfertigt. Sollte die Witterung weiter anhalten (also der kommende Winter warm bleiben) und Gaskraftwerke weiter aus dem Markt gedrängt werden, ist in den nächsten Jahren mit einem weiteren Anstieg der Systemnutzungstarife zu rechnen, um die Netzqualität und Versorgungssicherheit aufrecht erhalten zu können.

Es ist uns wichtig darauf hinzuweisen, dass in den Kostenbescheiden 2015 der E-Control, die dem Entwurf der GSNE-VO zu Grunde liegen, die Aufrollung des Regulierungskontos (Mindererlöse) des Geschäftsjahres 2014 auf drei Jahre verteilt wurde. Eine vollständige Berücksichtigung dieses Erlösrückgangs im Geschäftsjahr 2016 hätte zu einer noch deutlicheren Erhöhung der Netznutzungsentgelte auf Netzebene 3 geführt!

Die Gasbranche ist daran interessiert, dass Systemnutzungsentgelte im Sinne unserer Kunden eine möglichst konstante Entwicklung aufweisen. Gleichzeitig haben die Netzbetreiber jedoch durch die Streckung des Regulierungskontos den Nachteil, dass die durch Mindermengen nicht abgegoltenen Netzkosten erst um zwei weitere Jahre verzögert zurückfließen. Dies führt bei einigen Netzunternahmen bereits zu kurzfristigen Liquiditätsengpässen.

Im Detail:

§ 3 Abs. 4 Zif 1 (Einspeisung am Punkt Murfeld auf unterbrechbarer Basis):

Aus heutiger Sicht lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob die Auktion in Murfeld tatsächlich den entsprechenden Netzausbau zur Folge haben wird. Falls die –mangelnde- Nachfrage einen Ausbau nicht wirtschaftlich darstellen lässt, muss aus Gründen der Rechtssicherheit dem Fernleitungsnetzbetreiber ein verordneter Tarif an dem entsprechenden Punkt eingeräumt werden. Widrigenfalls ist es dem Fernleitungsnetzbetreiber nicht möglich seiner Maximierungsverpflichtung bezüglich der Kapazitätsvermarktung nachzukommen.

Sollte der geplante Netzausbau hingegen realisiert werden, ist ein verordneter Tarif für virtuelle Transporte im Gegenfluss auf unterbrechbarer Basis keinesfalls schädlich, da bei der Möglichkeit eines physischen Gegenflusses eine Vermarktung auf virtueller Basis ohnehin nicht erfolgt.

Der ursprüngliche VO Text soll daher beibehalten und die Streichung von § 3 Abs 4 Zif 1 rückgängig gemacht werden.

§ 4 Abs 11 zweiter Satz (Prozessablauf bei der Berechnung des Entgelts für grenzüberschreitende Speichernutzung):

Wir möchten darauf hinweisen, dass der Fernleitungsnetzbetreiber nicht über alle Informationen zur Berechnung/Verrechnung des Entgeltes verfügt. Jedoch wäre es möglich, die Berechnung der Mengen zu übernehmen und diese bekanntzugeben. Voraussetzung hierfür wäre eine gesetzliche Verpflichtung, die Daten an den Fernleitungsnetzbetreiber zu übermitteln.

Aus Sicht der Fernleitungsbetreiber soll daher die Verrechnung und Rechnungslegung auf direktem Wege zwischen Netzbenutzern und Dienstleistungsunternehmen erfolgen. Allenfalls auftretende Meinungsdivergenzen können so auch auf direktem Wege beigelegt werden.

Änderungsvorschlag:

Ist eine Speicheranlage sowohl an das Fernleitungsnetz als auch an das Verteilernetz angeschlossen, ~~ist das Entgelt~~ sind die Entry und Exit Mengen vom Fernleitungsnetzbetreiber zu ~~berechnen und nach Aufteilung der Erlöse ermitteln.~~ Diesem sind hierfür sämtliche notwendigen Informationen zeitgerecht zur Verfügung zu stellen. Auf Basis dieser Mengenermittlung berechnen der Verteilernetzbetreiber und der Fernleitungsnetzbetreiber das Entgelt getrennt voneinander und legen separate Rechnungen. Das jeweilige Entgelt ist vom Speicherunternehmen an den jeweiligen Netzbetreiber zu entrichten.

§ 10 Abs 6 (Leistungsüberschreitung):

Aus Gründen der Kapazitätsdisziplin für die vertraglich vereinbarte Leistung im Netzzugang wird die Verschärfung bzw. eine stärkere Sanktionierung der Leistungsüberschreitung aus Sicht der Netzbetreiber begrüßt. Damit soll zukünftig eine Optimierung von Netznutzungsentgeltkomponenten wie Mindestleistung und Leistungspreispöhlen rechnerisch erschwert werden. Zu prüfen ist allerdings, ob eine Erhöhung um den Faktor 5 (Verrechnung des zehnfachen Leistungspreises, statt bisher des doppelten Leistungspreises) gerechtfertigt ist, anstatt einer schrittweisen Anpassung den Vorzug zu geben.

Die Verschärfung dieser Regelung wurde außerdem mit relativ kurzer Vorlaufzeit, erstmals mittels vorliegendem Begutachtungsentwurf, seitens der Behörde bekanntgegeben. Um eine zeitgerechte administrative Abwicklung etwaiger Kapazitätsanpassungsvorgänge zwischen Netzbenutzern und Netzbetreibern zu ermöglichen, ist die Möglichkeit einer Übergangsfrist von mind. 3 Monaten ab Veröffentlichung der Verordnungsnovelle (z. B. 1.4.2016) zu überlegen.

Erläuterungen zu § 10 Abs. 8 Z 2 lit. H (Entgelte Netzebene 3):

Nach Erkenntnisstand der Vorarlberger Energienetze (Kostenbescheid, festgestellte Tarifierungsmengen) ist auch im Netzbereich Vorarlberg von einer Entgelterhöhung auszugehen.

§ 12 Abs 2 - Netznutzungsentgelt im Verteilernetz für Speicherunternehmen:

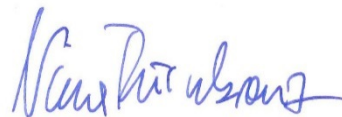
Eine abermalige Erhöhung des Netznutzungsentgeltes für die Ausspeisung aus dem Verteilernetz in Speichereinrichtungen von 0,49 auf 0,54 ist kritisch zu hinterfragen, da dadurch die notwendige Flexibilität der Speicher weiter verteuert und zusätzlich belastet wird. Im Sinne der Versorgungssicherheit sollte möglichst viel physische Flexibilität in Form von Speicherleistungen zur Verfügung stehen.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Anmerkungen und stehen für Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße



Mag. Michael Mock
Geschäftsführer



Mag. Christina Fürnkranz
Referentin Bereich Gas